



27. Oktober 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Schnelle Hilfe für Opfer von Halle/Saale**
- **Nach dem Anschlag in Halle - rechten Terror bekämpfen**
- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
- **Bad Karlshafen erhält Förderung für den Hafen**
- **Das Team Esther Dilcher**
- **Bilder der Woche**

Schnelle Hilfe für Opfer von Halle/Saale

Zum rechtsterroristischen Anschlag in Halle sprach Bundesjustizministerin Christine Lambrecht den Opfern und Angehörigen ihr tief empfundenes Beileid aus und kündigte den Bundesbeauftragten für Opfer von Terroranschlägen, Dr. Edgar Franke, als Ansprechperson der Bundesregierung an.

Edgar Franke hat dann den Opfern des Angriffs von Halle unmittelbar schnelle und unbürokratische Hilfe zugesagt. Er war bereits mehrere Tage in Halle und hat mit Betroffenen, mit den Verletzten im Krankenhaus, Vertretern der Zivilgesellschaft, politischen Repräsentanten und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde sprechen können. Er hat am jüdischen Schabbat und einem ökumenischen Gottesdienst in Halle teilgenommen.

„Da Menschen bei Terrorakten stellvertretend für den Staat bzw. die Gesellschaft angegriffen werden, hat der Staat hier eine besondere Verantwortung, Verletzten und Hinterbliebenen beizustehen. Das bedeutet ganz konkret, Hilfe in praktischer, finanzieller sowie psychologischer Hinsicht anzubieten“, erläutert Franke.

Erste Hilfspauschalen zur finanziellen Unterstützung der Betroffenen von Halle könnten sofort beantragt werden. Nahe Angehörige, wie Eltern, Kinder und Ehegatten verstorbener Terroropfer, könnten eine Pauschale von 30.000 Euro erhalten. Geschwister erhalten 15.000 Euro.

Verletzte haben Anspruch auf finanzielle Unterstützung für Heil- und Reha-Maßnahmen. Außerdem können sich individuelle Ansprüche aus verschiedenen staatlichen Regelungen ergeben. Neben der finanziellen Hilfe unterstützt der Opferbeauftragte der Bundesregierung Betroffene mit psychologischen und sozialen Hilfsangeboten.



Edgar Franke mit Ministerpräsident Reiner Haseloff vor der Synagoge in Halle.

Dies erläutert der Opferbeauftragte auch in mehreren Interviews in der Tagespresse, die auf seiner Homepage unter www.edgarfranke.de nachgelesen werden können.

Nach dem Anschlag in Halle - rechten Terror bekämpfen

Der Anschlag am jüdischen Jom-Kippur-Feiertag ist ein Angriff auch auf unsere Gesellschaft und auf unsere demokratische Grundordnung. Wir gedenken der Opfer des Anschlages und sind in Gedanken bei den Angehörigen. Wir stehen fest an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Wir verurteilen den rechtsterroristischen Anschlag in Halle auf das Schärfste.



Rechter Terror beginnt mit Worten und endet mit Taten. Wir müssen uns dem rechtsextremen Gedankengut in der Gesellschaft deutlicher entgegenstellen. Auch rechte Parteien in den Parlamenten wirken daran mit, den Nährboden für solche Taten zu bereiten. Den Hass im Internet müssen wir klarer als bisher in den Fokus nehmen und wirksame Antworten auf die

Radikalisierung online wie auch offline geben.

Um rechtsterroristische Taten wie die in Halle in Zukunft zu verhindern, müssen wir außerdem sichere und verlässliche Strukturen für zivilgesellschaftliches Engagement gegen menschenfeindliche Ideologien, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus schaffen. Die Verteidigung unserer Demokratie muss eine bundesweite Daueraufgabe sein.

Dass der AfD-Abgeordnete und Vorsitzende des Rechtsausschusses über seinen Twitter-Account das Gedenken an die Opfer verhöhnt, ist unerträglich. Wir werden das nicht hinnehmen.

Fraktionen lehnen Vorsitzenden des Rechtsausschusses ab

Wegen umstrittener Tweets zum Anschlag in Halle hat sich der Rechtsausschuss des Bundestages offen gegen den Vorsitzenden Stephan Brandner (AfD) gestellt, berichtet Esther Dilcher aus dem Ausschuss.

Brandner "sei nicht fähig, den Ausschuss zu führen", heißt es in der Erklärung der Mitglieder von CDU/CSU, SPD, FDP und Linken des Ausschuss. Der offene Brief ist diesem Newsletter angehängen.

Die Woche im Deutschen Bundestag

Soziales Entschädigungsrecht

Aktuell befindet sich eine gesetzliche Neuregelung der Opferentschädigung in Deutschland im parlamentarischen Verfahren. Opfer von Gewalttaten sollen künftig bessere Unterstützung und höhere Entschädigungszahlungen vom Staat erhalten.

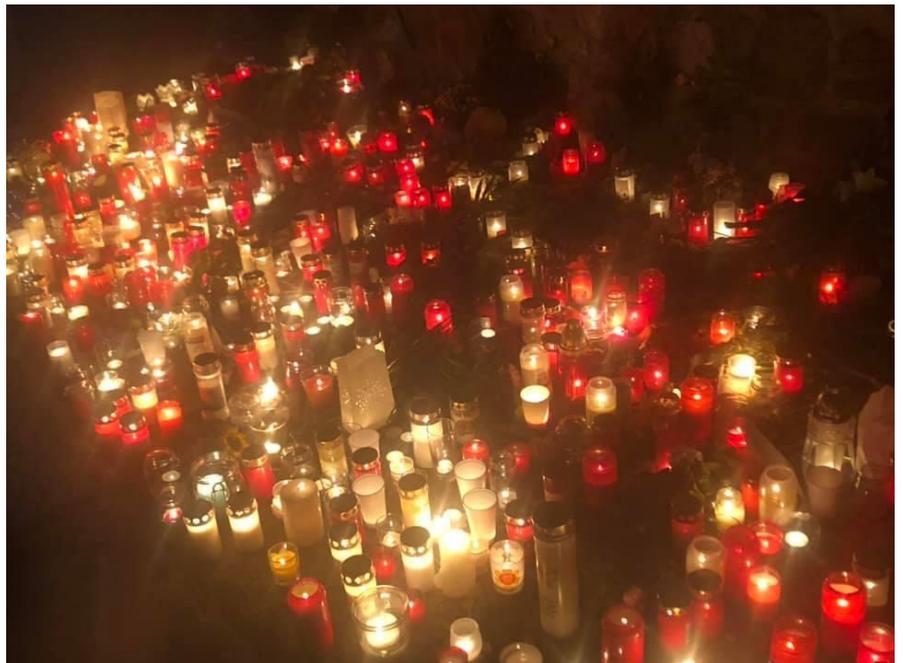
Die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts wird diese Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Opfer von Terroranschlägen oder anderer Gewalttaten benötigen schnelle und umfassende Hilfe. Im neuen SGB XIV sind höhere monatliche Opferrenten vorgesehen. Bundesweit verfügbare sogenannte Schnelle Hilfen (Traumaambulanzen und Fallmanagement) werden ausgebaut. Sie bieten künftig flächendeckend niederschwellig und bereits kurz nach der Tat psychotherapeutische Beratung an. Verschiedene Geldleistungen werden erhöht und Teilhabeleistungen grundsätzlich ohne

Einkommensprüfung erbracht.

Dies gilt beispielsweise für die Waisenrenten. Inländische und ausländische Gewaltopfer werden gleichgestellt. Erstmals bekommen auch Opfer von psychischen Gewalttaten einen Anspruch auf Leistungen.

Unser Ziel sind bessere Leistungen für die Opfer von Gewalttaten, damit sich Betroffene in den schweren

Stunden die sie durchleben, nicht allein gelassen fühlen müssen. Staatliche Entschädigung, schnelle Hilfen schnell nach der Tat und Anerkennung körperlicher wie seelischer Verletzungen sind für uns unabdingbar, um die Betroffenen bei der Aufarbeitung des Durchlebten und ihrer Genesung bestmöglich zu unterstützen. Die Neuregelung war Teil des Koalitionsvertrages von SPD und Union gewesen. Künftig sollen neue Anspruchsregelungen beispielsweise auch für Tatzeugen gelten, die unter erlebten Terroranschlägen leiden.



Die Grundsteuer wird reformiert

Wir haben drei wichtige Gesetze zur Reform der Grundsteuer in Deutschland beraten und am Freitag bereits mit der 2. und 3. Lesung des Grundsteuer-Reformgesetzes beschlossen.

Anlass der Verhandlungen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Gesetzgeber zu einer Neuregelung der Grundsteuer bis Ende des Jahres verpflichtet hatte.

Die Berechnung der Grundsteuer wird sich auf Bundesebene auch weiterhin am Wert der Grundstücke orientieren. Es macht demnach einen Unterschied, ob ein Haus oder eine Wohnung in einem begehrten Innenstadtviertel oder in einer weniger gefragten Randlage einer Metropole steht, ob es sich in einer ländlichen Gemeinde oder in der



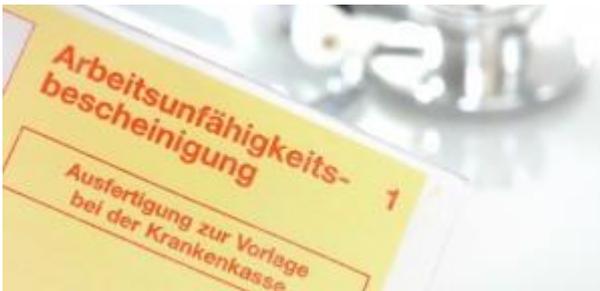
Stadt befindet. Dieser Wertbezug war ein für uns entscheidender Punkt, der nun in der Bundesregelung abgesichert wird. Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen durch einen zusätzlichen Abschlag auf die Steuermesszahl bei der Grundsteuer begünstigt werden. Mit diesem wertabhängigen Modell wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig.

Außerdem werden wir mit der Grundsteuer-Reform die sogenannte Grundsteuer C einführen. Damit helfen wir den Städten und Gemeinden, Wohnraum zu schaffen und gegen Grundstücksspekulationen vorzugehen.

Die Kommunen erhalten das Recht, eine Grundsteuer C auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke zu erheben. Im parlamentarischen Verfahren haben wir erreicht, dass Kommunen auch aus städtebaulichen Gründen die Grundsteuer C einführen können. Damit geben wir den Kommunen die Möglichkeit, Bauland zu mobilisieren, ihre Baulücken leichter zu schließen, Spekulationen entgegenzuwirken und eine gute Stadtentwicklung zu betreiben.

Digitaler Krankenschein und weitere Entlastung von Bürokratiekosten

Der Deutsche Bundestag beriet in erster Lesung den von der Bundesregierung verabschiedeten Entwurf für ein Bürokratienteilungsgesetz, das Entlastungen in Höhe von mehr als 1,1 Milliarden Euro vorsieht. Kern des Gesetzes ist es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Papiervorgänge möglichst abzuschaffen.



Vor allem soll der digitale Krankenschein bundesweit eingeführt werden. Der Gesetzentwurf sieht dazu vor, dass bei Krankmeldungen von Beschäftigten der "gelbe Schein" aus Papier abgeschafft und durch eine digitale Bescheinigung ersetzt wird. Künftig wird

die Arbeitsunfähigkeits-Bescheinigung von den behandelnden Ärzten nur noch digital an die Krankenkassen und auch an den Arbeitgeber übermittelt werden. Der Patient muss aber weiterhin persönlich zum Arzt, um sich krankschreiben zu lassen. Die Regelungen treten zum 1. Januar 2021 in Kraft.

Außerdem soll es beispielsweise weitere Erleichterungen bei der Datenverarbeitung für steuerliche Zwecke oder bei der Anmeldung bei Hotelübernachtungen geben. Auch für Gründerinnen und Gründer verringert sich der Aufwand bei der Umsatzsteuervoranmeldung.

Masern zurückdrängen

Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten des Menschen. Im Jahr 2018 kam es weltweit zu einer Verdoppelung der Masernfallzahlen. Bis Ende Mai wurden dem Robert-Koch-Institut bereits 420 Masernfälle in Deutschland für das Jahr 2019 gemeldet. Dabei stehen zur Prävention gut verträgliche hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung, die eine langfristige Immunität vermitteln.

Die angestiegenen Fallzahlen sind auf fortschreitende Impfmüdigkeit zurückzuführen. Eine große Zahl von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sind nicht durch eine Impfung geschützt. Eine Nichtimpfung bedeutet aber nicht nur eine Gefahr für den Menschen, der sich bewusst gegen die Impfung entschieden hat, sondern auch ein Risiko für andere Personen, die z.B. aufgrund ihres Alters oder besonderer gesundheitlicher Einschränkungen nicht geimpft werden können.

Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, haben wir diese Woche ein Gesetzentwurf für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention beraten.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig Kinder und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen Einrichtungen und auch Menschen in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen geimpft sein müssen.



Nachgewiesen werden kann die Impfung beziehungsweise Immunität durch den Impfausweis – zukünftig auch in digitaler Form vorhanden – oder durch ein Attest vom Arzt. Ausgenommen sind Menschen, die einen ärztlichen Nachweis vorlegen können, dass bei ihnen eine Impfung aus gesundheitlichen Gründen nicht ratsam ist. Wer gegen die Impfpflicht verstößt, dem droht ein Bußgeld. Das Gesetz soll am 1. März 2020 in Kraft treten.

Regelstudienzeit für Jura auf fünf Jahre verlängert

Der Bundestag hat in dieser Woche den Gesetzentwurf des Bundesrates, mit dem die Studien- und Prüfungszeit für den Studiengang der Rechtswissenschaften auf fünf Jahre erhöht wird, in 2./3. Lesung beraten.

Dieser Gesetzentwurf zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes und die damit einhergehende Verlängerung der Regelstudienzeit der Rechtswissenschaften wird von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen.



Esther Dilcher betonte in ihrer Rede zu Protokoll, dass die Verlängerung der Regelstudienzeit auch unmittelbare Auswirkungen auf die Förderung der Studierenden nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz hat und die Erfolgchancen der Studierenden auf finanzielle Hilfe durch den Staat verbessert werden.

Paketboten-Schutz-Gesetz

Mit dem Paketboten-Schutz-Gesetz beenden wir die unsägliche Praxis, Sozialversicherungsbeiträge zu hinterziehen und die oft prekär beschäftigten Zustellerinnen und Zusteller noch um ihre Altersvorsorge zu betrügen. Deswegen werden wir die Hauptunternehmen stärker in die Pflicht nehmen und die Nachunternehmerhaftung in dieser Branche einführen.



Wir schätzen die Vorteile des Versandhandels und bestellen gerne Waren im Internet. Dieses Jahr werden rund 3,7 Milliarden Paketsendungen erwartet. Aber die Arbeitsbedingungen in Teilen der Paketbranche sind nicht akzeptabel. Wir schieben der Ausbeutung von Paketzustellerinnen und Paketzustellern einen Riegel vor. Paketdienstleister haften künftig dafür, wenn ihre Subunternehmen Sozialversicherungsbeiträge nicht zahlen. Damit sorgen wir für mehr Schutz der Beschäftigten und mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion und auf Initiative des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil wurde das Paketboten-Schutz-Gesetz nun auf den Weg gebracht und in dieser Woche in erster Lesung im Bundestag beraten.

Wohngelderhöhung

Wir haben diese Woche das Wohngeldstärkungsgesetz verabschiedet. Damit wird das Wohngeld zum 1. Januar 2020 erhöht. In der Folge werden auch mehr Menschen mit niedrigem Einkommen einen Zuschuss zur Miete erhalten.

Mit der Reform, die wir diese Woche in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten haben, tragen wir dazu bei, dass Wohnen auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleibt. Erstmals werden wir eine Dynamisierung des Wohngeldes einführen, die erstmalig am 01. Januar 2022 greift. Damit sichern wir die mit der Wohngeldreform im Jahr 2020 erreichte Entlastungswirkung des Wohngeldes auch für die kommenden Jahre.

Weniger Haushalte werden dadurch zwischen Wohngeld und Arbeitslosengeld II sowie Sozialhilfe hin- und herwechseln. Wir nehmen den Menschen die Angst, aus dem Wohngeld rauszufallen. Ohne Reform würde sich die Zahl der Haushalte, die vom Wohngeld profitieren, bis Ende 2020 voraussichtlich auf rund 470.000 reduzieren.

Rund 180.000 Haushalte werden durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten. Rund 20.000 Wohngeldhaushalte würden ohne Reform Ende 2020 Leistungen des SGB II beziehen.

Weiterhin halten die Koalitionsfraktionen daran fest, bei der Umsetzung der Eckpunkte des Klimaschutzprogramms 2030 rechtzeitig einen Gesetzentwurf zur geplanten Erhöhung des Wohngeldes um 10 Prozent zur Vermeidung sozialer Härten bei steigenden Heizkosten vorzulegen.



Bad Karlshafen erhält Förderung für den Hafen

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat stellt in der aktuellen Förderperiode rund 150 Mio. Euro für die Förderung von Investitionen im Rahmen des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ zur Verfügung.

Insgesamt 3,55 Millionen Euro gehen nach Bad Karlshafen zur Aufwertung des Hafens. Nach der erfolgreichen Flutung des historischen Hafenbeckens und der Wiederanbindung Bad Karlshafens an die Weser kann nun die Umgebung des Hafens so gestaltet werden, wie es der baukulturellen Bedeutung des Ensembles als barocke Planstadt angemessen ist.



Mit der Übergabe der Förderurkunden an die Träger, Initiatoren und Beteiligte dieser Projekte erfolgte diese Woche der Startschuss für die Umsetzung des Programms.

Bild: Der Bürgermeister der Stadt Bad Karlshafen, Marcus Dietrich, nimmt die Förderurkunde entgegen.

Esther Dilcher wünscht der Stadt Bad Karlshafen, dass die Wiederbelebung der Hafenanlage die bereits jetzt spürbare Aufbruchsstimmung weiter verstärkt und mit Investitionen in Gastgewerbe und Immobilien zum weiteren Aufschwung der Stadt beiträgt.

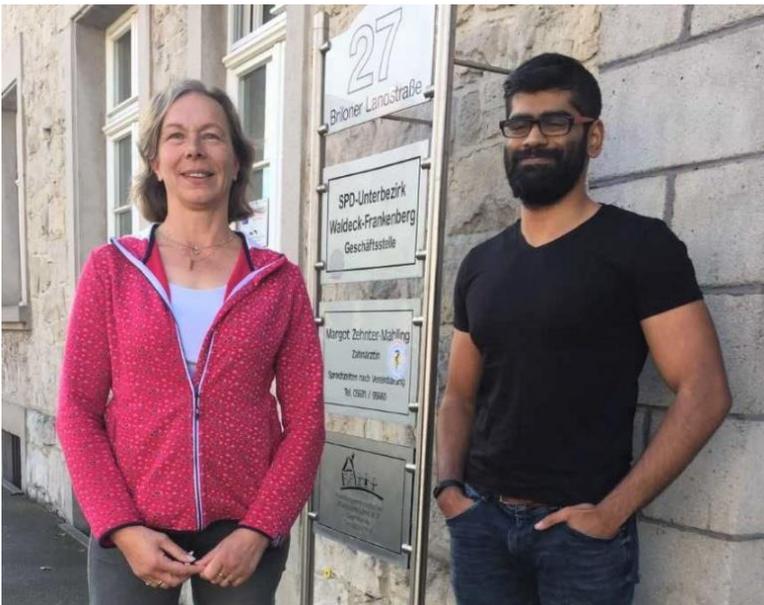
Das Team Esther Dilcher

Isabell Seidenstücker arbeitet seit dem 1. Juli 2019 als Büroleiterin im Berliner Bundestagsbüro. Sie ist für alle Belange die erste Ansprechpartnerin und verantwortet zudem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützt wird sie seit 1. August 2019 von Maik Schuparis, der als Wissenschaftlicher Mitarbeiter vor allem meine Ausschussarbeit inhaltlich vorbereitet und begleitet.



Maik Schuparis, Esther Dilcher, Isabell Seidenstücker, Marlies Hempel.

Isabell und Maik haben bereits viele Jahre Berufserfahrung im politischen Umfeld gesammelt - sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene. Von Anfang an mit dabei ist Marlies Hempel. Als Teamassistentin ist sie zuständig für die Terminkoordination und die Organisation von Besuchergruppen.



Anne Meyer und Gugendiran Yoganathan (Bild links) arbeiten im Wahlkreisbüro in Korbach.

Bilder der Woche

In der Hessischen Landesvertretung fand wieder der traditionelle „Äppelwoianstich“ unter dem Motto „**Äppelwoi trifft Ahle Wurscht**“ statt. Aus Nordhessen kam nicht nur die Ahle Wurscht.



Den Schwalm-Eder-Kreis vertraten: Dirk Schütz, Torsten Stein, Edgar Franke, Landrat Winfried Becker, die neue Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion **Nancy Faeser**, Mario Jung, Michael Höhmann, Jürgen Kaufmann, Tim Herbst und Siegfried Richter.

Auf dem rechten Bild von links: Esther Dilcher, Edgar Franke, Timon Gremmels (alle MdB), Esther Kalveram, Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Kaufmann, Landrat Winfried Becker und NVV-Geschäftsführer Steffen Müller.





Esther Dilcher und Edgar Franke im Bild links zusammen mit **Thomas Oppermann**, Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Rechts: Michael Höhmann, Onno Wulf, Isabell Seidenstücker, Edgar Franke, Maik Schuparis und Esther Dilcher.



Esther Dilcher ist ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss. Auch die Mitglieder der **SPD-Arbeitsgruppe Haushalt** haben ihren Sprecher **Johannes Kahrs** (im Bild links in der Mitte) einstimmig wiedergewählt.



Einstimmig ist **Sabine Dittmar** (im Bild links in der Mitte) als Sprecherin der **AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion** wiedergewählt worden. Als ihre Stellvertreter wurden die Abgeordneten Heike Baehrens und **Edgar Franke** bestätigt, die ebenfalls wiedergewählt wurden.



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2, 3, 4, 6 Edgar Franke, Seite 5 Bild von [moerschky](#) auf [Pixabay](#), Seite 7 oben Bild von [Wikimages](#) auf [Pixabay](#), Seite 7 unten Esther Dilcher, Seite 8 Bild von [Michael Fuchs](#) auf [Pixabay](#), Seite 9 oben Bild von [Peggy und Marco Lachmann-Anke](#) auf [Pixabay](#), Seite 9 unten und Seite 10 oben Esther Dilcher, Seite 11 oben Franke, unten Dilcher, Seite 12 Dilcher, Franke, Dilcher und Sabine Dittmar.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.